

(A)

(C)

I

(B)

(D)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 16 a und b auf:

- a) Beratung des Antrags der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ehrlicher Dialog über europäische Grundwerte und Grundrechte in Ungarn

– Drucksache 17/9032 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)

Auswärtiger Ausschuss

Innenausschuss

Rechtsausschuss

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Ausschuss für Kultur und Medien

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss) zu dem

Vizepräsidentin Petra Pau

(A) Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das ungarische Mediengesetz – Europäische Grundwerte und Grundrechte verteidigen

– Drucksachen 17/4429, 17/8710 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Karl Holmeier
Michael Roth (Heringen)
Joachim Spatz
Thomas Nord
Manuel Sarrazin

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Michael Roth für die SPD-Fraktion.

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Schönen guten Abend, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse eines Landes ist ein Relikt des 19. und des 20. Jahrhunderts. In einem vereinigten Europa, in der Europäischen Union gibt es die Pflicht zur Einmischung,

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Stefan Liebich [DIE LINKE])

(B) und zwar in allen Bereichen, in denen unsere Grundwerte infrage oder zur Disposition gestellt werden. In der Europäischen Union, die maßgeblich von der Bereitschaft zum Kompromiss lebt, gibt es einen Bereich, in dem es niemals Kompromisse geben darf. Dabei geht es um die Frage, wie wir mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Freiheit umgehen. Hier muss es einen staaten- und bürgerinnen- und bürgerübergreifenden Konsens geben. Leider ist dieser Konsens in einem Land, dem wir uns seit vielen Jahrzehnten freundschaftlich verbunden fühlen, nicht mehr gegeben. Deshalb ist es gut, dass wir nun – wenn auch zu später Stunde – im Deutschen Bundestag über die derzeitige politische Lage in Ungarn sprechen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Niemand der Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD stellt infrage, dass die ungarische Regierung – um diese geht es im Kern – nicht demokratisch legitimiert ist. Selbstverständlich ist diese Regierung demokratisch legitimiert. Sie verfügt über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Wenn man aber eine solche eindeutige parlamentarische Mehrheit besitzt, entsteht daraus gerade in einem Land, das politisch und gesellschaftlich vermutlich so gespalten ist wie kein zweites in der Europäischen Union, ein großes Maß an Verantwortung, Brücken zu bauen, zu versöhnen und Konsens zu stiften. Die Bereitschaft, das Land wieder zu einen, vermisste ich. Insofern werden Ministerpräsident Orban, seine Regierung und die ihn tragenden Parteien

(C) ihrer Verantwortung für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Stefan Liebich [DIE LINKE])

Wenn wir in diesen Tagen zu Recht ganz strenge Maßstäbe an diejenigen anlegen, die bereit und gewillt sind, der Europäischen Union beizutreten, müssen diese strengen Maßstäbe doch erst recht für die Staaten gelten, die seit Jahren oder auch seit Jahrzehnten der Europäischen Union angehören. Es kann auch im Nachhinein keine Rabatte geben.

Insofern haben wir es als unsere Pflicht angesehen, nachdem nun endlich auch die Europäische Kommission aktiv geworden ist, die Debatte darüber zu führen, was schiefläuft und wie es in Ungarn baldmöglichst wieder besser laufen könnte.

Die Kommission hat mehrere Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Sie wird damit nicht nur ihrer Verantwortung als Hüterin der europäischen Verträge gerecht, sondern sie ist insbesondere auch Hüterin der Grundwerte und der Demokratie in der Europäischen Union. Wenn es denn richtig ist, dass es diesbezüglich keine Rabatte und Kompromisse geben kann, verdient die Europäische Kommission die uneingeschränkte Unterstützung des Deutschen Bundestages.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Stefan Liebich [DIE LINKE])

(D) Nun weiß ich ja, welche Bedenken, auch hier im Plenum, wieder vorgebracht werden: Das sei doch alles gar nicht so schlimm, und man müsse das doch nicht übertreiben. Das seien doch alles ganz normale Entwicklungen. Die Regierung habe vielleicht in der einen oder anderen Frage ein wenig überzogen oder vielleicht ein wenig zu schnell agiert.

Es geht eben nicht allein um die Mediengesetze. Es geht nicht allein um die Unabhängigkeit der Justiz. Es geht nicht allein um die Rolle des Datenschutzes. Es geht nicht allein um bestimmte Elemente der Verfassung, die uns befremdlich erscheinen. Und es geht nicht allein um das Zustandekommen von Gesetzen.

In der Summe ist das, was wir seit 2010 in Ungarn erleben, gefährlich für die Demokratie.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Stefan Liebich [DIE LINKE])

Und deshalb muss es zum Thema gemacht werden.

Selbstverständlich üben wir als Bürgerinnen und Bürger Deutschlands, die Ungarn viel zu verdanken haben, mitnichten Kritik an der ungarischen Bevölkerung. Wir üben Kritik an denen, die derzeit in Ungarn in der politischen Verantwortung stehen. Ich habe nicht den Eindruck, dass es seitens der Regierung und seitens des Ministerpräsidenten auch nur ein Quäntchen Einsicht gegenüber dem gibt, was derzeit in der Europäischen Union diskutiert wird.

Michael Roth (Heringen)

(A) Ich darf aus einem Interview zitieren, das kürzlich in einer renommierten deutschen Zeitung veröffentlicht wurde, die mitnichten im Verdacht steht, ein Organ der Linken oder der Linksradiكالen in Europa zu sein. Dort sagt Orban: Wir werden „von der internationalen Linken radikal attackiert. Aber die internationale Rechte ... beschützt uns.“

Wenn er mit der internationalen Rechten Frau Merkel und die CDU/CSU meint, dann mag er wohl recht haben. Aber wenn er von der internationalen Linken spricht, dann frage ich mich allen Ernstes, wen er damit eigentlich meint. Meint er damit die Europäische Kommission mit 27 Mitgliedern, von denen, wenn man großzügig ist, gerade einmal sechs der europäischen Sozialdemokratie angehören? Meint er damit vielleicht den Europäischen Rat? Meint er damit das Europäische Parlament? In keiner dieser Institutionen, geschweige denn in der großen Mehrzahl der Mitgliedstaaten verfügt – ich darf sagen: leider – die Sozialdemokratie und damit die demokratische Linke über eine parlamentarische und politische Mehrheit.

Wenn Sie sich einmal die deutsche Medienlandschaft anschauen, dann sehen Sie, dass auch die Zeitungen und Rundfunkanstalten massive Kritik üben, die nicht im Verdacht stehen, irgendeine Nähe zu den sogenannten internationalen Linken zu haben.

(Otto Fricke [FDP]: Zum Beispiel?)

(B) Insofern kann ich überhaupt nicht verstehen, dass es in Ihren Reihen so viele gibt, die abwiegeln, das Ganze in rosaroten Farben malen und meinen, das verteidigen zu müssen, was andere, die sich nicht sozialdemokratisch oder grün schimpfen, offensiv und immer wieder deutlich kritisieren.

Ebenso peinlich und beschämend finde ich es, wenn Herr Orban versucht, Brüssel mit Moskau gleichzusetzen und eine Brücke von der Sowjetunion zur Europäischen Union zu schlagen. Das ist eine Beleidigung unseres gemeinsamen Europas und dessen, wofür Deutschland und Ungarn seit über 20 Jahren gemeinsam eintreten, nämlich des demokratischen, föderalen und rechtsstaatlichen Europas.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ungarn ist nicht der Sündenbock in Europa. Deshalb ist es auch nicht ein Fehler, jetzt die aktuellen Missstände in Ungarn anzuprangern. Ich will aber selbstkritisch hinzufügen: Es war ein Fehler, bei einer Reihe von Infragestellungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in anderen Mitgliedstaaten in der Europäischen Union, beispielsweise in Italien, zu lange und zu beharrlich geschwiegen zu haben. Hier hätten wir früher und deutlicher Kritik üben müssen. Insofern kann ich den einen oder anderen Ungarn verstehen, der uns fragt: Warum habt ihr zu den Vorgängen geschwiegen, die in den großen Mitgliedstaaten abgelaufen sind, und warum übt ihr jetzt alleine an Ungarn Kritik?

Wenn wir Kritik an der ungarischen Regierung üben, muss das präjudizieren, dass wir zukünftig gemeinsam

(C) immer wieder deutliche Worte finden, wenn es um die Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geht. Diese ungarische Regierung hat das Land in eine politische und wirtschaftliche Isolation geführt. Wenn wir auch Gesprächsbereitschaft gegenüber der ungarischen Regierung und gegenüber der Zivilgesellschaft zeigen – das sollte aus meiner Sicht eine pure Selbstverständlichkeit sein –, dann heißt das, dass wir zwar verstehen wollen, aber das heißt nicht, dass wir für alles Verständnis haben dürfen.

Anlässlich des 20-jährigen Geburtstags des deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrages hätte ich mir gewünscht, dass wir in dieser Frage einen breiten parlamentarischen Konsens hätten finden können. Aber leider waren die Kolleginnen und Kollegen von CDU/CSU und FDP nicht dazu bereit, obwohl es auch Vertreterinnen und Vertreter in der Bundesregierung gegeben hat – ich erinnere an die deutlichen Worte der Kritik von Staatsminister Hoyer, und ich erinnere an das engagierte Auftreten des Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung Markus Löning –, die Kritik geübt haben. Ich bedaure, dass Sie trotz dieser klaren und deutlichen Worte nicht dazu bereit waren, mit uns einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Das ist mehr als schade.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Dr. Johann Wadephul das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihre Einleitung, Herr Kollege Roth, hat gezeigt, dass Sie in einer Rechtfertigungssituation sind. Sie haben sich selber in diese Sackgasse hineingeritten, und wir werden Ihnen nicht heraushelfen. Es ist vollkommen klar, dass wir in Europa uns unter Freunden bewusst sind, was wir miteinander gemeinsam haben. Mit den Ungarn haben wir Deutsche sehr viel gemeinsam. An allererster Stelle sind wir ihnen für das dankbar, was sie 1989 geschafft haben. Sie haben den Eisernen Vorhang durchgeschnitten und eine entscheidende Voraussetzung dafür geschaffen, dass der Eiserner Vorhang fallen konnte und dass Deutsche von Deutschland Ost nach Deutschland West kommen konnten. Dafür sind wir den Ungarn nach wie vor dankbar.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Wir auch!)

In diesem Geiste sollten wir die Diskussion hier miteinander führen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Stefan Liebich [DIE LINKE]: Das rechtfertigt doch nicht alles! – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen wir ja auch, Herr Wadephul!)

Dr. Johann Wadephul

- (A) Das schließt nicht aus, dass insbesondere dazu berufene Organisationen auf europäischer Ebene auch die Mitgliedstaaten kritisch beurteilen, wie das gang und gäbe in der Europäischen Union ist, wie das jetzt auch die EU-Kommission gegenüber Ungarn mit einigen Vertragsverletzungsverfahren, die sie angekündigt hat, gemacht hat und wie wir alle das erleben können. Die Bundesrepublik Deutschland hat das schon erlebt. Ich hoffe nicht, dass es bei der Vorratsdatenspeicherung dazu kommt. Wir unternehmen Anstrengungen, damit es nicht geschieht. Das ist ganz normal. Dass sich alle Mitgliedstaaten immer wieder an den europäischen Werten messen lassen müssen und dass man darauf aufmerksam macht, ist klar. Dass auch die Venedig-Kommission Punkte in Ungarn kritisiert hat, ist auch vollkommen klar. Als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates freue ich mich darüber. Auch das ist eine Institution, die dazu da ist, so etwas zu kritisieren und Punkte anzusprechen.

Wofür wir hier im Deutschen Bundestag aber nicht da sind – das ist der Fehler, den die Opposition hier macht, Herr Kollege Roth –, ist: Wir sind nicht die bessere ungarische Opposition. Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir machen hier nicht ungarische Innenpolitik und verteilen, wie Sie es gerade gemacht haben, Zensuren dafür, was Herr Orban jetzt gerade richtig oder falsch macht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (B) Ich will Ihnen etwas vorhalten. Wir haben heute ein Schreiben des Bundes Ungarischer Organisationen in Deutschland, der mehr als 120 000 Mitglieder hat, bekommen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie uns das vielleicht zuleiten, Herr Wadephul? – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: 120 000 Mitglieder, das gibt es gar nicht!)

Darin werden wir ganz herzlich auf Folgendes aufmerksam gemacht – ich erlaube mir, mit Ihrer freundlichen Genehmigung, Frau Präsidentin, zu zitieren –:

Völlig unzutreffende Schlagworte, Verallgemeinerungen, der Rassismusverdacht und an den Haaren herbeigezogene historische und aktuell politische Vergleiche werden bemüht, um die mit überwältigender Mehrheit demokratisch gewählte bürgerlich-christliche ungarische Regierung und auch den größten Teil der ungarischen Wähler in die rechts-radikale, totalitäre Ecke zu rücken. Dies offenbart nicht nur eine völlige Unkenntnis des ungarischen Parteienspektrums, es ist auch zutiefst beleidigend, wenn man dem Freund und Bündnispartner die demokratische Gesinnung abspricht und nicht glauben möchte, dass für ihn die europäische Werteordnung zur fundamentalen Grundüberzeugung gehört.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Wadephul, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung des Kollegen Sarrazin?

Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

Ja.

(C)

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Verehrter Kollege Wadephul, zunächst muss ich Ihnen leider mitteilen, dass dieser Brief uns bisher nicht erreicht hat. Es wäre sicherlich freundlich, wenn Sie ihn uns zustellen könnten. Es ist auch interessant, dass Sie hier die Botenrolle übernehmen, statt uns Ihre eigenen Formulierungen vorzutragen.

Ich möchte Sie aber doch fragen, wie Sie vor dem Hintergrund Ihrer Ausführungen hinsichtlich der Rolle des Deutschen Bundestags als neuer Opposition die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachennummer 17/8709 bewerten. Hier steht:

Die Bundesregierung hat wiederholt ihrer Sorge über die innenpolitischen Entwicklungen in der Republik Ungarn Ausdruck verliehen, so zuletzt der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, ... und der Sprecher der Bundesregierung

usw. usf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Ich fahre weiter unten fort:

Die Bundesregierung begrüßt ausdrücklich, dass die Europäische Kommission erklärt hat, ihre Prüfung nicht auf gesetzestechnische Details zu beschränken, sondern die europäischen Grundwerte in diese Prüfung einzubeziehen.

(D)

Ist damit die schwarz-gelbe Bundesregierung die bessere ungarische Opposition?

(Beifall bei der SPD)

Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

Nein, das ist sie nicht, lieber Herr Kollege Sarrazin. Ich werde Ihnen gerne diesen offenen Brief zur Verfügung stellen, der heute in meinem Büro eingegangen ist. Ich weiß nicht, wie der Verteiler aussah. Ich glaube, es ist sinnvoll, dass Sie einbezogen werden und davon auch Kenntnis nehmen; da stehen nämlich noch weitere interessante Dinge drin.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Das ist eine absurde Einlassung!)

Ich habe vorhin ganz klar gesagt – ich habe auch nichts von dem zurückzunehmen, was vorher von der Bundesregierung gesagt wurde –, dass natürlich Punkte angesprochen werden können. Aber in der Art und Weise, wie das mit Ihrem neuerlich vorgelegten Katalog passiert, in dem einzelne politische Projekte aus der ungarischen Innenpolitik dezidiert herausgegriffen werden, geht das nicht. Außerdem wollen Sie, dass sich der Deutschen Bundestag zu diesen einzelnen Punkten eine Meinung bildet, und versuchen, uns zu überreden, dem auch noch zuzustimmen. Das hieße ja, dass wir hier ungarisch-

Dr. Johann Wadephul

- (A) sche Innenpolitik betrieben. Dazu sind wir nicht da. Das lehne ich nach wie vor klar ab, lieber Herr Sarrazin.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Uwe Kekeritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Unsinn!)

Ich bin vielmehr der Auffassung – um das fortzusetzen –, dass die Ungarn selber sehr gut in der Lage sind, ihre Sachen miteinander zu besprechen und zu klären und auch in den Institutionen einer Lösung zuzuführen. Was Sie verschwiegen haben – auch der Kollege Roth hat bedauerlicherweise vergessen, darauf einzugehen –, ist, dass das, was der vormalige Staatsminister des Auswärtigen Amtes Hoyer hier zum Mediengesetz angesprochen hat, mittlerweile durch eine Entscheidung des ungarischen Verfassungsgerichtes weitgehend erledigt ist; denn viele Regelungen, über die man in der Tat – das hat Herr Hoyer vollkommen zu Recht getan – kritisch denken und die man auch infrage stellen konnte, sind mittlerweile durch das ungarische Verfassungsgericht für unwirksam erklärt worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist wirklich nicht unsere Angelegenheit, uns in dieser Art und Weise einzumischen. Wir sollten vielmehr zur Kenntnis nehmen, was die Ungarn selber geschafft haben und erreicht haben – und das ist gut so.

- (B) Im Übrigen hat sich beispielsweise die im ungarischen Mediengesetz enthaltene Vorschrift der sogenannten Ausgewogenheit der Berichterstattung – das ist ja auch ein Punkt, den wir hier alle miteinander sehr kritisch gesehen haben – mittlerweile so ausgewirkt, dass auch die Regierungspartei darunter gelitten hat. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen wurde im Juni 2011 von der Medienaufsicht zu einer Geldbuße verurteilt, weil in ihm die Meinung der Regierungspartei zu stark zur Geltung gekommen ist. Das ist also eine Angelegenheit, bei der durchaus Ausgewogenheit herrscht.

Man kann die ungarische Mediengesetzgebung, die nicht unseren Wertvorstellungen hundertprozentig entspricht – das ist ja vollkommen klar –

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die vom ungarischen Verfassungsgericht gekippt wurde!)

– Sie müssen auch einmal darüber reden, was vorher in den ungarischen Medien los gewesen ist. Jeden Tag wurde Gewaltverherrlichung bis hin zur Pornografie in einem großen Ausmaß ausgestrahlt.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Das ist doch kein Grund!)

– Herr Kollege, wir haben doch auch in Deutschland eine Medienaufsicht.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Zum Glück nicht so eine!)

Wir bekennen uns doch bei aller Medienfreiheit auch in Deutschland dazu, dass nicht jedes Kleinkind schon Gewaltfilme und Pornografie im Vorabendprogramm sehen soll. Das gehört ebenfalls zu unserem Kulturgut. Gleiches muss doch auch in Ungarn möglich sein.

- (C) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt beleidigen Sie aber Ungarn und das Vorabendprogramm in Ungarn!)

Herr Kollege Roth, Sie haben sich selber des Fehlers geziehen, dass Sie sich um Italien nicht schon früher gekümmert haben. Sie hätten sich aber – diese Einsicht habe ich bei Ihnen vermisst – schon früher um Ungarn kümmern müssen. Was ist nämlich in Ungarn los gewesen? In Ungarn hat eine sozialistische Regierung das Land in den Bankrott der Wirtschaft geführt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Da waren Sie gar nicht im Parlament!)

– Ich sage Ihnen, dem europapolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, dass diese Regierung in Ungarn die EU-Kommission nach Strich und Faden belogen hat. Ich erinnere an die berühmte Balaton-Rede des früheren sozialistischen ungarischen Ministerpräsidenten. Darauf haben Sie im Deutschen Bundestag überhaupt nicht reagiert. Auf dem Auge waren Sie blind.

(Dr. Eva Högl [SPD]: Was hat das mit dem Thema zu tun?)

– Frau Kollegin, angesichts der Tatsache, dass man in der Vergangenheit nicht reagiert hat, kann man sich heute nicht als der große Ankläger hinstellen. Sie hätten schon früher einschreiten müssen. Jetzt sieht es sehr danach aus, dass Sie sich über das Wahlergebnis ärgern.

- (Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Das eine ist konkrete Politik, und das andere sind Verfassungsrechte! Da gibt es Unterschiede!) (D)

Es hat eine klare Mehrheit für diese Regierung in Ungarn gegeben. Sie sollte sich an europäischen Werten orientieren. Die europäischen Institutionen sollten einschreiten, wenn es nötig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ein Maulkorb für das Auswärtige Amt!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke hat der Kollege Stefan Liebich das Wort.

Stefan Liebich (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Wadephul, Sie haben gesagt, dass der Bundestag nicht die Organisation sei, die dazu berufen ist, sich mit ungarischer Innenpolitik zu befassen. Mir fällt aber eine Organisation ein, die sich mit den Thesen von Viktor Orban befassen könnte, und das ist die Europäische Volkspartei, dessen stellvertretender Vorsitzender Orban ist.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, alle Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion sind in der Partei, in der Viktor Orban, der Regierungschef von Ungarn, stellvertretender Vorsitzender ist.

Stefan Liebich

- (A) Auch ich habe das große Interview von Viktor Orban in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* – ich nenne jetzt den Namen, Herr Roth – mit Entsetzen gelesen. Dabei sind mir einige „Schmuckstückchen“ aufgefallen. Ich will einmal folgende Stelle zitieren:

Es gibt nämlich eine Auslegung der europäischen Geschichte, der europäischen Zukunft, wonach wir aus der Religiosität in die Säkularisation, aus dem traditionellen Familienmodell in Richtung verschiedenartiger Familienmodelle und aus den Nationen in Richtung Internationalismus oder zur Integration marschieren. Was ich denke, geht klar in die andere Richtung.

Wenigstens ist er ehrlich. Er beschreibt das Europa, das er erreichen möchte. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, dieses Europa wollten, dann würde ich mir wirklich Sorgen machen.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Welches Europa wollen Sie denn, Herr Liebich? Erzählen Sie mal!)

Ich weiß es besser; denn wir führen viele Diskussionen. Ich würde mir daher wünschen, dass Sie diese Diskussion mit Viktor Orban in Ihrer gemeinsamen Partei, also in der Europäischen Volkspartei, führen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Drehen Sie es mal nicht um!)

- (B) – Es ging in diesem Fall gar nicht um die FDP. Sie sind so fair und stehen selbst bei Punkten fest zusammen, bei denen Sie inhaltliche Differenzen haben. Das finde ich sehr solidarisch von Ihnen.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Wir stehen wie eine Eins!)

Ich will noch erwähnen, dass mir die Position des Kollegen Hoyer, die hier schon gelobt worden ist, deutlich sympathischer war. Ich hoffe, dass dieser Teil in der FDP immer noch vor Ort ist und zu diesem Thema etwas sagt.

Das angesprochene Mediengesetz lohnt eine genauere Debatte. Es ging dort nicht einfach um die Bekämpfung von Pornografie, sondern es ging darum, dass staatliche Kontrolle von Medien in einem Maße eingeführt werden sollte, die jeder Beschreibung spottet. Bevor es nun zu einem entsprechenden Zwischenruf kommt, will ich sagen: Gerade aufgrund der Geschichte unserer Partei und unserer Vorgängerpartei weiß ich, dass staatliche Kontrolle von Medien der grundfalsche Weg ist.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es vollkommen richtig, dass die Europäische Union gegen diese Politik Protest einlegt.

Aber es geht nicht nur um das Mediengesetz. Es geht auch um die vorgelegte Verfassung. Einen Tag, nachdem sie in Kraft getreten ist, protestierten 100 000 Menschen dagegen. Diese Verfassung und vor allem das Verfahren bieten tatsächlich Anlass zur Kritik. Es kann doch nicht sein, dass sich einige Fidesz-Parteifunktionäre eine

Verfassung ausdenken und diese dann, nur weil man im Moment eine Zweidrittelmehrheit im Parlament hat, durchdrücken. (C)

Was wurde nicht alles in diese Verfassung geschrieben! Beispielsweise wird in der Verfassung – dies wird nun kein Weg sein, den die FDP gehen will – der Einkommensteuersatz festgeschrieben, damit er künftig nicht mehr geändert werden kann. So etwas ist absurd; es ist eine Einschränkung parlamentarischer Gestaltungsmöglichkeiten. So etwas sollten wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Linksfraktion insgesamt fand es daher sehr richtig, dass ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet wurde. Wir sind froh, dass sich auch die Bundesregierung für dieses Verfahren ausgesprochen hat.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie lehnen doch die Verträge ab!)

Orbans Europa von Religion, Nation und Familie wollen wir nicht.

(Karl Holmeier [CDU/CSU]: Das glaube ich!)

Wir lassen uns auch nicht das Recht nehmen, das hier im Deutschen Bundestag zu thematisieren. Wir wollen eine demokratische, eine soziale und eine friedliche Europäische Union auf der Basis gleicher Rechte. Ich hoffe, dass die Debatten, die wir hier führen, eine Kritik formulieren, die auch bei den Ungarinnen und Ungarn ankommt. Ich finde den Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen daher sehr richtig. (D)

(Beifall des Abg. Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir unterstützen ihn sehr gerne.

Auch der neu vorgelegte Antrag beider Fraktionen geht in die richtige Richtung. In diesem Antrag ist das kleine Wort „endlich“ eingefügt worden. Man erwartet also, dass die Bundesregierung „endlich“ deutlich macht, dass etwas getan werden muss. Ich verstehe das als subtil formulierte Kritik, die wir teilen. Ich finde, dies ist genau der richtige Weg.

Ich bitte die CDU/CSU, ihre Verteidigungspolitik infrage zu stellen. Ich glaube, dass ihre Fidesz-Parteifreunde mit ihrer gegenwärtigen Politik keine Verteidigung verdienen. Ich hoffe, dass wir zu einem gemeinsamen europäischen Weg zurückkehren.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Jens Ackermann das Wort.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nun Kollege, alle Erwartungen ruhen auf Ihnen!)

(A) **Jens Ackermann (FDP):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ungarn und Deutschland verbinden besondere Beziehungen. Das wird natürlich auch in Symbolen deutlich. Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Außenseite des Reichstages eine Plakette in deutscher und ungarischer Sprache angebracht ist. Es ist ein einmaliges Symbol, das die besondere Freundschaft unserer Völker zum Ausdruck bringt. Es ist angesprochen worden: Wir haben den Ungarn viel zu verdanken. Die deutsche Wiedervereinigung wäre so nicht möglich gewesen, wenn die Ungarn nicht das erste Glied zerschnitten hätten. Damit haben sie den Eisernen Vorhang, die Mauer, brüchig gemacht. Daran muss man erinnern.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute reden wir über, leider nicht mit Ungarn.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das ist nun mal im Parlament so!)

Ungarn ist ein Mitglied der EU und gehört zu unserer europäischen Wertegemeinschaft, die durch Freiheit und Demokratie geprägt ist. Die Ungarn sind ein besonders freiheitsliebendes Volk. Dies wird in der Geschichte deutlich – die Ungarn sind Freiheitskämpfer –: 1848, 1956, aber auch 1989. Daran möchte ich erinnern.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Jetzt zum Jahr 2012. In der letzten Zeit wurde viel Kritik an der Politik der ungarischen Regierung geübt. Man sollte jedoch nicht vergessen, dass die große Mehrheit der Mandate unbestritten in freien, gleichen und geheimen Wahlen zustande gekommen ist. Sowohl an der Legalität als auch an der Legitimität dieser Mehrheit besteht keinerlei Zweifel.

Ungarn ist ein Land, welches über eine mit großer Mehrheit demokratisch gewählte Regierungspartei verfügt. Eine solch große Unterstützung im Volk wünscht sich jede Regierung. Die Tatsachen darf man den Ungarn nicht zum Vorwurf machen. Eine solch große Mehrheit ist allerdings stets Verpflichtung, mit ihr sensibel umzugehen.

Es sind Zweifel angebracht – darauf möchte ich hinweisen –, ob die ungarische Regierung das nötige Fingerspitzengefühl gezeigt hat. Sicher gab es seit 2010 Maßnahmen und Vorkommnisse, die zu kritisieren sind. Große Reformen sind angegangen worden, zum Beispiel der Abbau des Haushaltsdefizits oder die Weiterentwicklung des Rentenversicherungssystems. Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass die ungarische Regierung tatkräftig das angepackt hat, was wir momentan von anderen Euro-Ländern erwarten: umfassende strukturelle Reformen.

Ein so wichtiges Gesetz wie das Mediengesetz zu modifizieren, ist eine umfangreiche Arbeit. Das Ganze birgt die Gefahr, Fehler zu machen. Solche Fehler sind auch angesprochen worden. Der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist leider über ein Jahr alt. Inzwischen gab es positive Bewegungen und Veränderungen. Nach der Kritik der Europäischen Kommission hat die Regie-

runge mehrere Paragraphen des Gesetzes zu Beginn des Jahres 2011 korrigiert. Trotzdem hat das Verfassungsgericht Ungarns noch bestimmte Punkte aufgegriffen. Dies zeigt, dass das demokratische System in Ungarn funktioniert.

Nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts Ungarns am 19. Dezember 2011 wurden einige Punkte als nicht verfassungskonform erklärt: Verpflichtung zur Offenlegung der Quellen. Das Institut des Beauftragten für Medien verstößt gegen die Pressefreiheit und ist überflüssig. Bei der Aufklärung eines Falls darf der Medienrat bei den Medienanbietern nicht um mehr Daten als nötig bitten, um weitere Ermittlungen zu führen. – Die Fraktion der FDP hat sich kritisch über solche Passagen geäußert. Deshalb begrüßen wir besonders die Entscheidung des Verfassungsgerichts, nach der die Quellen der Journalisten geschützt werden müssen.

(Beifall bei der FDP)

In dem Antrag, der heute diskutiert wird, geht es auch um den ungarischen Radiosender *Klubradio*, der kritische Berichte über die Regierung sendet. Nach einer Entscheidung des Gerichtes in Budapest vom März dieses Jahres war die Vergabe der Frequenzen an einen anderen Sender nicht korrekt. Es wurde deutlich gemacht: Das demokratische System funktioniert auch hier. Es bestehen gute Chancen, dass *Klubradio* weiterhin senden und seine Frequenzen behalten kann. Das bestätigt sogar der Generaldirektor von *Klubradio*. Damit wird ein akutes Problem in der Debatte um die oppositionellen Medienmöglichkeiten gelöst.

Ich komme zu den Vertragsverletzungsverfahren. Die Europäische Kommission hat im Januar dieses Jahres auf drei Gebieten ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet: erstens wegen Missachtung der Unabhängigkeit der Zentralbank, zweitens wegen Missachtung der Unabhängigkeit der Justiz – Pensionierung von Richtern durch Herabsetzung des Renteneintrittsalters – und drittens wegen Missachtung der Unabhängigkeit von Datenschutzbeauftragten. Die Verfahren auf dem zweiten und dritten Gebiet laufen derzeit noch. Beim ersten Punkt, Zentralbank, gibt es unterschiedliche Auffassungen zwischen der Kommission und der ungarischen Regierung. Die Diskussionen sind noch nicht abgeschlossen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn man mit dem Finger auf andere zeigt, so weisen immer drei Finger auf einen selbst zurück. Ich möchte daran erinnern: Das Thema Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten hat uns im Jahre 2010 ebenfalls eine Rüge aus Luxemburg beschert. Gegen Deutschland laufen derzeit 80 weitere Vertragsverletzungsverfahren. Das anzumerken, gehört zur Ehrlichkeit dazu. Wir sollten hier nicht mit zweierlei Maß messen.

Herr Kollege Roth, Sie haben die Rechtsstaatlichkeit angesprochen. Das ist ein hohes Gut, das wir verteidigen wollen. Ich möchte auf Folgendes hinweisen: Ungarn: ein Land mit 10 Millionen Einwohnern; Nordrhein-Westfalen: ein Land mit 17 Millionen Einwohnern. Dort hat die rot-grüne Regierung versucht, einen Haushalt

Jens Ackermann

- (A) vorzulegen, der eindeutig verfassungswidrig ist, und darüber abstimmen zu lassen. So viel zur Rechtsstaatlichkeit von Rot-Grün.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Genau so ist das! – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Fremdschämen! – Stefan Liebich [DIE LINKE]: NRW, das Ungarn Deutschlands!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vorhin ist das Thema Freundschaft angesprochen worden. In diesem Zusammenhang möchte ich darum bitten, dass wir fair, sachlich und mit der entsprechenden Würde mit unseren Freunden und Partnern umgehen. Wir können die Kritikpunkte ansprechen, allerdings sachlich und verbindlich im Ton. Dann, denke ich, können wir zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit auf Augenhöhe zurückkehren. Wir sollten hier im deutschen Parlament keine ungarische Innenpolitik vertreten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Kollege Manuel Sarrazin das Wort.

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst kann man diesem Hause nicht vorwerfen, nicht auch mit Ungarn zu reden. Ohne die ungarische Botschaft jetzt zu sehr loben zu wollen, kann ich sagen: Es gibt wohl kaum einen Botschafter, der so sehr dafür sorgt, dass wir mit allen Meinungen im Dialog sind. Deswegen kann der Vorwurf, wir redeten nur über und nicht mit Ungarn, dieses Haus nicht wirklich treffen. Herr Wadephul, ich muss vor allem die ungarische Botschaft davor schützen, dass diese Behauptung hier so im Raume stehen bleibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU])

Wir haben mit diesem Antrag ein Interesse an der Versachlichung der Debatte. Wenn Sie ihn lesen, merken Sie das auch. Entschuldigung, aber Sie haben bei dieser Debatte dieses Interesse ad absurdum geführt und alle möglichen Argumente bemüht, anstatt dem sehr konnotierten und prononcierten Stil dieses Antrags folgen. Das finde ich schade.

Ich kann mich allem anschließen, was Sie über die Geschichte Ungarns und Deutschlands gesagt haben. Ich würde sogar so weit gehen, zu sagen, dass die Vereidigung von Joachim Gauck morgen ohne Ungarn eigentlich nicht denkbar wäre; da sind wir uns einig. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass Jagland, der Generalsekretär des Europarates, heute in der *FAZ* sagt – Zitat –:

... es gehe nicht darum, Ungarn von außen Regeln aufzudrängen: „Es geht um Verpflichtungen, die Ungarn sich selbst auferlegt hat ...“

(Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU]: Ja!)

(C)

Das ist richtig. Wir alle haben den Vertrag von Lissabon und die Beitrittsakten unterschrieben. Damit haben wir uns zu den europäischen Werten aus dem EUV und aus der Grundrechte-Charta bekannt.

Wir haben zusammen mit der SPD diesen Antrag vorbereitet, weil wir uns um diese Grundwerte und Grundrechte in Ungarn Sorgen machen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU]: Sie sind aber nicht Herr Jagland! – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Sie müssen ganz andere Sorgen haben!)

Mit diesen Sorgen stehen wir eben nicht allein da. Ich muss Ihnen sagen: Da geht es nicht nur um das Mediengesetz. Nach Verabschiedung der neuen Verfassung im April 2011 hat das Auswärtige Amt in Person von Herrn Hoyer formuliert:

Unsere im Zusammenhang mit den Mediengesetzen aufgekommene Befürchtungen werden mit der heute verabschiedeten Verfassung – und ihrem Zustandekommen – bestärkt statt entkräftet.

Es ist doch eine eindeutige Sache, dass wir eigentlich gar nicht so weit voneinander entfernt sind. Wenn wir uns mit diesem Antrag aber eindeutig im Rahmen der Haltung der Bundesregierung befinden, frage ich mich: Warum konnten CDU/CSU und vor allem die FDP bei der Entwicklung dieses Antrags eigentlich nicht mitmachen? Das ist mir wirklich ein Rätsel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

(D)

Es geht in unserem Antrag nicht darum, über einzelne ungarische Gesetze zu sprechen oder der ungarischen Regierung zu erklären, wie man Politik macht. Es geht darum, dass wir uns als Teil der Europäischen Union über Grundwerte und Grundrechte in der EU Gedanken machen müssen. Wer behauptet, dass solch eine Debatte nicht hierher gehört, hat etwas nicht verstanden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die EU ist nicht einfach ein Verbund souveräner Nationalstaaten; wir sind eine Gemeinschaft, die auf Werten basiert. Zur Funktionsfähigkeit der europäischen Demokratie gehört auch, dass die Demokratien in den Mitgliedstaaten funktionieren.

Wir machen uns ganz konkrete Sorgen. Ich könnte Ihnen drei Beispiele vortragen, werde es aber zeitlich nicht schaffen. Ein Punkt ist mir dennoch sehr wichtig: die Rechte der parlamentarischen Opposition. Ich bin oft in Budapest gewesen; viele Gäste aus Budapest sind hier. Die Opposition legt uns immer wieder dar, dass die neue Hausordnung des Parlaments dazu führt, dass Gesetze nicht mehr adäquat beraten und diskutiert werden können, bevor sie verabschiedet werden.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Ja! Wie bei Putin!)

Manuel Sarrazin

- (A) Die neue Regelung in der Hausordnung, nach der jetzt 24-mal im Jahr ein gesamtes Gesetzgebungsverfahren, von der Einbringung eines Gesetzes bis zu seiner Verabschiedung, innerhalb von 24 Stunden stattfinden kann, erscheint doch nicht nur uns abstrus. Wie kann da noch wirkliche Beratung stattfinden? Auch Ihre Kollegen von Fidesz und KDNP teilen diese Skepsis; aber Sie trauen sich nicht, hier einmal Stellung zu beziehen. Das finde ich schade.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und der LINKEN)

Die Kardinalgesetze in Ungarn sind nichts Neues. Es ist meiner Ansicht nach aber auch eine neue Qualität, dass jetzt auch die sogenannte Flat Tax unter die alte Praxis der Kardinalgesetze fällt. Es würde gerade uns gut anstehen, das zu benennen. Denn meiner Ansicht nach sollte die Hürde der Zweidrittelmehrheit grundsätzlich nur bei Änderung der Verfassung oder ähnlich weitreichender Regelungen notwendig sein. Ich halte es für schwierig, wenn künftig gewählten Parlamentsmehrheiten möglicherweise nicht mehr die Verfügung über das Budget möglich ist, weil ein wesentlicher Teil der Einnahmeseite der Kontrolle des Parlaments entzogen ist. Das halte ich für ein aufkommendes Demokratieproblem.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und der LINKEN)

Das ist kein Ungarn-Bashing, sondern schlicht und einfach Sorge aus Interesse an dem Land.

- (B) Abschließend möchte ich sagen: Wir möchten einen fairen Dialog über die Vereinbarkeit der gesamten geänderten ungarischen Rechtsordnung mit den Grundwerten der EU. Wir wollen diesen Dialog versachlichen und uns mit einem unabhängigen Bericht sozusagen ein Gesamtbild verschaffen, auf dessen Grundlage wir uns gemeinsam Gedanken machen und einen fairen Dialog führen können. Die besondere Freundschaft zu Ungarn heißt, dass wir einen Dialog führen; Kritik und offene Worte sind für uns Teil dieser Freundschaft.

Danke sehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg.
Stefan Liebich [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der letzte Redner in dieser Debatte ist der Kollege Karl Holmeier aus der Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Karl Holmeier (CDU/CSU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sie, die Ungarn, haben dem Freiheitswillen der Deutschen Flügel verliehen.

Dieses Zitat stammt von unserer Bundeskanzlerin, anlässlich eines Besuches in Ungarn im Jahre 2009. Unsere Kanzlerin hat recht: Ungarn war immer ein freiheitslie-

bendes Volk. Gerade wir Deutschen haben den Ungarn (C)
aufgrund dieser Freiheitsliebe sehr viel zu verdanken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich wage, zu sagen, dass die deutsche Einheit ohne das Vertrauen der ungarischen Freunde in die Freiheit nicht möglich gewesen wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU
sowie des Abg. Patrick Kurth [Kyffhäuser]
[FDP])

Das scheinen einige inzwischen völlig vergessen zu haben. Seit dem Regierungswechsel im Jahre 2010 sieht sich Ungarn heftiger Kritik ausgesetzt, vor allem vonseiten der deutschen Opposition. Der ungarischen Regierung wird vorgeworfen, dass die europäischen Grundrechte verletzt sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit missachtet werden.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Stimmt!)

Statt heuer im Jubiläumsjahr des deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrages einen Antrag zur Würdigung dieser Freundschaft einzubringen, haben die Oppositionsfractionen im Deutschen Bundestag nichts Besseres zu tun, als unsere ungarischen Freunde zu brüskieren und ihnen das Verständnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abzusprechen.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Wo steht das?)

Ich kann Ihnen nur ans Herz legen: Finden Sie auf den Weg zu Sachlichkeit und respektvollem Umgang zurück. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Hören Sie auf, durch pauschale Kritik ein ganzes Volk an den Pranger zu stellen.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Wo steht das? – Uwe Kekeritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das tut doch keiner!)

Das gilt erst recht für das ungarische Volk, dem wir Deutsche historisch in ganz besonderer Weise verbunden sind.

(Uwe Kekeritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nennen Sie ein Beispiel!)

Wenn Sie sachliche Kritik anbringen möchten, tun Sie das bitte in direktem Dialog mit den ungarischen Kollegen.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Machen wir!)

Ja, in Ungarn regiert eine Zweidrittelmehrheit. Die Regierungspartei wurde von der Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit gewählt.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 53 Prozent!)

Dieses Ergebnis hatte seinen Grund in der katastrophalen Bilanz der Vorgängerregierungen.

Karl Holmeier

(A) (Beifall bei der CDU/CSU)

Das demokratisch zustande gekommene Ergebnis sollte jeder respektieren. Mit der jetzigen Mehrheit ist die Regierung Orban in der Lage, jahrelang aufgeschobene Reformen anzustoßen, und das tut sie auch. Sicher stoßen die zahlreichen Reformen und ihre schnelle Umsetzung bei dem einen oder anderen auf Kritik. Das ist halt so in einer Demokratie – und das ist auch gut so.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Ist alles in Ordnung! Dann brauchen wir ja nicht darüber reden!)

Zum Teil ist die Kritik in der Sache sogar berechtigt. Aber der Deutsche Bundestag hat nicht darüber zu befinden, ob die Verfassung und die Gesetze anderer Länder gegen EU-Recht verstoßen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat aber mit der Regierung nichts zu tun!)

Darum kümmert sich derzeit die Europäische Kommission und, wenn es notwendig ist, gegebenenfalls der Europäische Gerichtshof.

Es ist inakzeptabel und aus meiner Sicht ein diplomatischer Fehltritt erster Güte, einen anderen Staat aufzufordern, seine eigene Verfassung einem Dritten zur Überprüfung vorzulegen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie schon einmal etwas von der Venedig-Kommission gehört?)

(B)

Das widerspricht jedem Selbstverständnis eines souveränen Staates.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Wir sind Parlamentarier!)

Wir alle sollten die Tatsache zur Kenntnis nehmen, dass den Kritikern im In- und Ausland nach wie vor eine große Mehrheit von ungarischen Bürgerinnen und Bürgern gegenübersteht, die die ungarische Regierungspolitik befürworten. Auch das gibt es.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Es gibt auch noch Minderheiten!)

Ich mahne daher dringend dazu, diese Menschen nicht vor den Kopf zu stoßen. Noch einmal: Finden Sie auf den Weg zu Sachlichkeit und respektvollem Umgang zurück.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Ich möchte an dieser Stelle auf ein paar Tatsachen hinweisen und die Rechtswirklichkeit darstellen. Ich weiß nicht, wie viele der Kritiker sich die ungarische Verfassung einmal angesehen haben. Wer sich die Mühe macht, wird feststellen, dass Ungarn über eine Verfassung verfügt, die ausführlich die Grundrechte und Grundfreiheiten anerkennt und diese festschreibt. An dem Bekenntnis zu Gott und zum Christentum in der ungarischen Verfassung kann ich nichts Anstößiges erkennen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie so einen Satz bei uns gefunden?)

(C)

Das gehört ohne Zweifel zur europäischen Geschichte und findet daher auch im deutschen Grundgesetz seine Niederschrift.

Ein sehr gutes Beispiel dafür, dass das ungarische Verfassungsgefüge intakt ist, ist das vielfach gescholtene Mediengesetz. Das ungarische Verfassungsgericht hat wesentliche Teile dieses Gesetzes kassiert und damit gezeigt, dass Meinungsfreiheit und Pressefreiheit in Ungarn nach wie vor gelten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Joachim Spatz [FDP])

Die Regierung muss das Urteil jetzt umsetzen, und sie hat zugesichert, es zu tun. Das Ergebnis werden dann die zuständigen Organe beurteilen, unter anderem auch die Europäische Kommission, aber nicht der Deutsche Bundestag.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie beurteilen doch gerade! Was machen Sie denn gerade, wenn Sie nicht beurteilen?)

Das gilt im Übrigen auch mit Blick auf die eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren. Tatsache ist, dass es nichts Ungewöhnliches ist – das wurde schon angesprochen –, wenn die Europäische Kommission Vertragsverletzungsverfahren einleitet. Auch gegen Deutschland laufen zahlreiche solcher Verfahren.

(D)

Tatsache ist, dass Ungarn zu den Fragen der Europäischen Kommission ordnungsgemäß Stellung genommen und Änderungen angeboten hat. Tatsache ist auch, dass zwischenzeitlich bei einem Großteil der Fragen ein Kompromiss gefunden werden konnte. Davon ist in dem Antrag der Opposition allerdings keine Rede. Es wird offenbar auch ausgeblendet, dass sich der Punkt zum Zentralbankgesetz weitgehend erledigt hat. Die beiden übrigen Verfahren laufen noch, und ich halte es für unangemessen, sich seitens des Deutschen Bundestages in dieses Verfahren einzumischen. Vor allem finde ich es anmaßend, die Europäische Kommission ermuntern zu wollen, hier ordnungsgemäß und gründlich zu prüfen. Ich denke nicht, dass die Kommission derart weise Ratschläge von der Opposition braucht.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben keine Ahnung! Wissen Sie das eigentlich?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zusammenfassend muss ich leider feststellen, dass der angeblich ehrliche Dialog, den die Opposition hier führen möchte, alles andere als ehrlich ist. Es mangelt vor allem stark am notwendigen Respekt gegenüber einem befreundeten europäischen Land und dessen Menschen. Leider erkennt der Antrag die Tatsachen auch nicht in der gebotenen Ehrlichkeit an. Ich bitte Sie daher, den Antrag abzulehnen.

Karl Holmeier

(A)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche einen schönen Abend.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mir würden die Hände abfallen, da noch zu klatschen!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/9032 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zu dem Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Das ungarische Mediengesetz – Europäische Grundwerte und Grundrechte verteidigen“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/8710, den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/4429 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Unionsfraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

(B)

(C)

(D)

